

Gemeinderatssitzung vom 25.09.2017

goodnews4-Protokoll zur Gemeinderatssitzung am Montagabend - Bald wieder Busverkehr über den Leo - Nochmals Diskussionen um Windkraft - Tempo 30

Baden-Baden, 26.09.2017, Bericht: Redaktion **Nach Fragen von Bürger Gerd Müller, unter anderem zum Stand des Projektes Stadtbahn, informierte Bürgermeister Alexander Uhlig über den Stand Leopoldsplatz, wo es nun vorangehe. OB Mergen ergänzte, dass mit der Aufnahme des Busverkehrs für Ende November zu rechnen sei.**

In weiteren Tagesordnungspunkten wurde über den Stand der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge berichtet. Heftige Auseinandersetzungen gab es nochmals zur Baden-Badener Umweltpolitik in Zusammenhang mit der nun abgelehnten Windkraft. In den Tagesordnungspunkten 8, 9 und 10 wurden diverse Bauprojekte behandelt und im abschließenden Tagesordnungspunkt gingen die Stadträte Heinrich Liesen, FBB, und Ansgar Gernsbeck, CDU, auf die Tempo 30-Debatte ein.

TOP 1 Bürgerfragestunde (Fragen, Anregungen und Vorschläge)

Bürger Gerd Müller fragte nach den Plänen zur Umstellung der Straßenlaternen von Gas auf Elektrik und zitierte aus einem Schreiben von Ex-Oberbürgermeister Wolfgang Gerstner an den Verein Stadtbild, in dem er einräumte, dass eine Umstellung das Stadtbild wesentlich verändert würde.

Erster Bürgermeister Alexander Uhlig antwortete, dass man in der Lichtentaler Allee eine Reihe von Gaslaternen in Betrieb genommen habe in enger Abstimmung mit dem Denkmalschutzamt. Oberbürgermeisterin Margret Mergen sagte, dass die Gaslaternen vor dem Kurhaus und dem Theater geschützt seien. Bürgermeister Uhlig kündigte eine Information in einer der nächsten Sitzungen an.

Gerd Müller ermutigte OB Mergen, sich von dem Gedanken einer Stadtbahn in die Innenstadt nicht abbringen zu lassen, denn nur so ließen sich die Probleme im Straßenverkehr beseitigen.

OB Mergen antwortete, dass es kein Thema sei, über das innerhalb weniger Tage entschieden werden könne, sie wolle das Thema Stadtbahn in einer überörtlichen Überprüfung des Verkehrskonzepts prüfen.

TOP 2 Informationen der Verwaltung

OB Margret Mergen dankte den mehr als 430 Wahlhelfern der Bundestagswahl. Und betonte, dass die sehr hohe Wahlbeteiligung in Baden-Baden sehr positiv sei.

Bürgermeister Uhlig informierte über den aktuellen Stand der Leopoldsplatz-Sanierung. Der erste Bauabschnitt laufe noch, der aktuelle Bauzeitenplan sehe ein Ende der Arbeiten für den 10. Novembervor. Seit dem 15. September herrsche eine rege Tätigkeit auf der Baustelle, die die bestbeobachtete Baustelle der Stadt sei. Die Firma Weiss arbeite nun sehr gut seit dem letzten Gespräch und komme voran. Ein neuerliches Gespräch mit der Geschäftsleitung der Firma Weiss sei wesentlich harmonischer verlaufen als das letzte. Die Ausschreibung für den zweiten Bauabschnitt sei veröffentlicht und laufe nun 35 Tage, die Submission sei für Anfang November geplant.

OB Mergen gab bekannt, dass nach Ende des ersten Bauabschnitts von Ende November bis Ende Januar so weit wie möglich der Busverkehr wieder über den Leopoldsplatz führen soll. Dies würde vom Einzelhandel begrüßt, besonders während der Weihnachtszeit, es führe zu einer Entlastung der Lichtentaler Allee und einer besseren Zugänglichkeit der Kurhausgarage.

Iska Dürr, Leiterin des Fachbereichs Bildung und Soziales informierte über die aktuelle Flüchtlingssituation in Baden-Baden. Zum Stand 31. August 2017 seien 897 Flüchtlinge in städtischen Unterkünften, die Zuweisung im August betrug sieben Personen. 512 Personen seien im laufenden Asylverfahren, 355 Personen in Anschlussunterbringung. 558 Personen haben Leistungsansprüche im Sinne des SGB II bzw. AsylbLG. 339 Personen haben ein eigenes Einkommen oder seien Leistungsempfänger beim Jobcenter. 35 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge seien in Betreuung des Jugendamtes. 24 Personen seien im Rahmen des Familiennachzuges in städtischen Unterkünften untergebracht. 183 Personen gingen einer regulären Beschäftigung nach: 75 in Teilzeit, 65 in Vollzeit, 22 in Ausbildung und 20 in Minijobs. In den Erstunterkünften seien von insgesamt 713 Plätzen 499 belegt und von den 481 Plätzen in der Anschlussunterbringung seien 398 Plätze belegt.

TOP 3 Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse

OB Mergen verwies auf den Aushang im Rathaus.

TOP 4 Besetzung der Stelle des/der Zweiten Beigeordneten der Stadt Baden-Baden

a) Vorstellung des Bewerbers Roland Kaiser

b) Wahl der/des Zweiten Beigeordneten

TOP 5 Ausscheiden von Frau Marianne Raven aus dem Gemeinderat

a) Feststellung der Voraussetzungen

b) Verabschiedung

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Gemeinderat stellt fest, dass bei Frau Stadträtin Marianne Raven ein wichtiger Grund für das Ausscheiden aus dem Gemeinderat vorliegt. Frau Stadträtin Marianne Raven scheidet zum 30.09.2017 aus dem Gemeinderat der Stadt Baden-Baden aus.*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu bei einer Enthaltung.

TOP 6 Ablehnung des Gemeinderatsmandats aus wichtigem Grund durch Herrn Dr. Franz van Erckelens; Anerkennung eines wichtigen Grundes nach § 16 Abs. 2 Gemeindeordnung (GemO)

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Frau Stadträtin Marianne Raven hat mit Schreiben vom 09.08.2017 um ein Ausscheiden aus dem Gemeinderat wegen Vorliegen eines wichtigen Grundes gebeten (vgl. TOP 5 öffentlich, Drucksache 17.308). Nach § 31 Abs. 2 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) rückt die als nächste Ersatzperson festgestellte Person des gleichen Wahlvorschlags in den Gemeinderat nach. Nächste Ersatzperson nach dem amtlich festgestellten Wahlergebnis der Kommunalwahl vom 25.05.2014 ist Herr Dr. Franz van Erckelens. Herr Dr. Franz van Erckelens hat am 11.09.2017 schriftlich mitgeteilt, dass er das Amt des Gemeinderats ablehnen müsse, da er aufgrund seiner kürzlich erfolgten Ernennung zum Chefarzt am Mediclin Rehasentrum Gernsbach beruflich zu sehr eingespannt sei.*

Der Gemeinderat stimmte zu.

TOP 7 Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windenergie - Einstellung des Verfahrens

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Aufgrund diverser Anträge aus Reihen des Gemeinderates sowie der Bürgerschaft wurden die Verfahrensschritte der erneuten Planoffenlage und der Durchführung einer Bürgerinformationsveranstaltung bisher nicht angegangen. Mittlerweile liegt eine zwischen dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau als oberster Denkmalschutzbehörde und dem Landesamt für Denkmalpflege abgestimmte Stellungnahme zu der Visualisierung von Windenergieanlagen im Hinblick auf die Welterbenominierung «Great Spas of Europe» vor. Dort wird als Fazit ausgeführt, dass nach gegenwärtigem Kenntnisstand nicht auszuschließen sei, dass Windenergieanlagen am Standort «Wettersberg» negative Auswirkungen auf die potentielle Welterbestätte haben könnten. Betroffen wäre die visuelle Integrität des eindrucksvoll in bewaldete Bergrücken eingebetteten Stadtbildes der Kurstadt. Dadurch könnte das Vorhaben eine erfolgreiche Bewerbung Baden-Badens als UNESCO-Welterbe im Rahmen der «Great Spas of Europe»*

gefährden. Die o.g. Anträge sowie die Stellungnahme werden zum Anlass genommen, den Gemeinderat beschließen zu lassen, das Verfahren des Sachlichen Teilflächenutzungsplans Windenergie einzustellen.

Armin Schöpflin, CDU-Fraktionschef, führte aus, dass seine Fraktion wegen gesundheitlicher Gefahren und wegen des zu geringen Abstands zu den bewohnten Gebieten der Vorlage der Verwaltung zustimme und auch einen entsprechenden Antrag eingereicht hatte. Dies bedeute keine grundsätzliche Ablehnung von Windkraftanlagen, allerdings dürften diese nicht um jeden Preis ungesetzt werden ohne Einbeziehung der von Auswirkungen betroffenen Menschen.

Beate Böhlen, Grünen-Fraktionschefin, verlas eine Erklärung ihrer Fraktion: «Nach neuesten Erkenntnissen stellen die Mitglieder der Grünen Fraktion im Gemeinderat der Stadt Baden-Baden fest, dass – entgegen der Behauptung der Verwaltung – erst am vergangenen Freitag erste Gespräche mit den Verantwortlichen und Mitgliedern der interkommunalen Arbeitsgruppe Windenergie, Bühl, Bühlertal, Ottersweier und Sinzheim erfolgten. Ergebnisse dieses Gesprächs mit Oberbürgermeister Schnurr und den Bürgermeistern Braun, Ernst und Pfetzer kennen wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

Ziel der von uns damals beantragten Arbeitsgruppe war es, die Höhenlagen rund um Baden-Baden zu schützen und eine gemeinsame Fläche zu finden. Nachdem die windhöufigsten Flächen von den konservativen Mehrheiten ausgeschlossen wurden, brachten der damalige OB Gerstner und der erste Beigeordnete Hirth, den Hummels- und den Wettersberg als Ergebnis der Verhandlungen ein.

Stand heute halten Weisenbach und Gernsbach an ihren Windkraftplanungen fest und haben in ihren zuständigen Gremien den Maienplatz als möglichen Standort von WEA vorgestellt.

Steigt Baden-Baden aus der interkommunalen Kooperation aus, bedeutet dies, dass wir keinerlei Einflussmöglichkeiten auf Standorte außerhalb unserer Gemarkung mehr haben. Vor allem die Möglichkeit unserer Stadtwerke, als Investor Einfluss auf die Anzahl und die Bauart einer WEA zu nehmen, fiele weg.

Dazu kommt, dass die Beschlussvorlage der Verwaltung gravierende Mängel und Falschaussagen enthält. So geht die Verwaltung anscheinend davon aus, dass der Beschluss keinerlei finanzielle Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt hat. Die Einnahmeausfälle durch entgangene Pachteinahmen, evtl. Gewinne durch Betreiben einer WEA, sowie die bereits finanzierten Planungsleistungen die, wenn wir davon ausgehen, dass die Stadt in weitere Planungen gehen muss, nochmals anfallen, finden sich in der Beschlussvorlage wieder.

Aus diesen Gründen können einige von uns der Beschlussvorlage nicht folgen, da wir davon ausgehen, dass der Ausstieg für die Stadt Baden-Baden gravierende finanzielle und planerisch einschneidende Folgen hätte.»

Hans-Peter Ehinger, Fraktionschef der Freien Wähler, erklärte, er sei generell für Windkraftanlagen, jedoch nur dort, wo genügend Wind sei, die Anlagen gehörten an die Nordsee. In Baden-Baden würden die Anlagen sichtbar stören, die könne sich die Kurstadt Baden-Baden nicht leisten und die Gefahr für die Welterbe-Bewerbung sei ein K.O.-Kriterium.

Kurt Hochstuhl, SPD-Fraktionschef, sagte, die «große Windkraft-Verhinderungsallianz» sei ein fatales Zeichen und eine «Entsolidarisierung» mit der Energiewende. Er griff die Fraktionen der Grünen an, die ihre «Kernkompetenz an der Garderobe» abgeben würden und auf dem «Altar» der «lautstarken Gegner der Windkraftanlagen» opfern würden. Es gebe drei Argumentationsgruppen gegen die Windkraftanlagen in Baden-Baden. Die erste Gruppe führe Geräuschbelästigung und Schlagschatten an, jedoch entsprächen die derzeitigen Abstandsflächen zu Wohnbebauung dem gesetzlichen Rahmen und er warf den beiden Baden-Badener Landtagsabgeordneten vor, bei der Landesregierung nicht für größere Abstandsflächen gekämpft zu haben. Die zweite Gruppe führe die Störung des Landschaftsbildes an und er erinnerte, dass auch der Fremersbergturm damals eine Störung des Landschaftsbildes gewesen sei. Und die dritte Gruppe seien jene, die sich auf das Schreiben des Landesamtes für Denkmalpflege beriefen zu möglichen negativen Auswirkungen auf die Welterbebewerbung Baden-Baden, und sich noch vor Jahren ein SWR-Hochhaus vorstellen konnten und die Welterbe-Bewerbung als hinderlich für die städtebauliche Entwicklung ablehnten. «Etwas unverbindlicheres als dieses Schreiben» gebe es nicht, so Hochstuhl. Er sprach sich dafür aus, den Planungsprozess formal und korrekt zu Ende zu führen, denn die Gestaltungskompetenz der Stadt höre sonst an der Gemarkungsgrenze auf, die Sicht aber nicht.

Martin Ernst, FBB, dankte der Bürgerinitiative «Windkraftfreies Grobbachtal», ohne die es seiner Ansicht nach den Ausstieg nicht gegeben hätte.

Hans Schindler, FDP, erinnerte, dass die FDP von Anfang an gegen die Windkraftstandorte gewesen sei und das Dilemma sofort erkannt habe. Es sei eine Entscheidung zwischen Pest und Cholera gewesen. Die Information der Verwaltung, wenn man keine Planung mache, könnten überall Windkraftanlagen gebaut werden, sei falsch gewesen. Geroldsau habe dann den Sechser im Lotto gezogen, weil man dort wohl den geringsten Widerstand erwartet habe.

Der Gemeinderat stimmte mit 27 Ja- und 11 Nein-Stimmen für die Vorlage der Verwaltung und die Einstellung des Verfahrens. Zum Dank regnete es rote Plastik-Konfetti-Herzen von der Zuschauer-Tribüne des Gemeinderatssaals, wo Mitglieder der Bürgerinitiative «Windkraftfreies Gobbachtal» saßen.

TOP 8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan «Wohnen am Ooswinkel»

a) Anpassung des Geltungsbereiches

b) Billigungsbeschlüsse

c) Offenlagebeschlüsse

d) Aufhebungsbeschluss Teilbereich Straßen- und Baufluchtenplan «Durchbruch Schwarzwaldstraße zw. Bauhof und Jagdhausstraße» (Feststellung: 15.08.1957)

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 9 Bebauungsplan Horhaldergasse

a) Aufstellungsbeschluss

b) Beschluss zur Durchführung des Verfahrens nach § 13 b BauGB

c) Beschluss über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit

d) Berücksichtigung der GSE als Erschließungsträger

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 10 Neubau Kindergarten Regenbogen in Steinbach Baubeschluss

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Neubau des Kindergartens Regenbogen in Steinbach wurde am 24.10.2016 (Drucksache 16.321) durch den Gemeinderat beschlossen. Der Siegerentwurf des Architekturbüros Benz aus Weissach, welcher aus der anschließenden Mehrfachbeauftragung hervorging, wurde am 06.04.2017 durch den Bau- und Umlegungsausschuss (Drucksache 17.141) verabschiedet und die Vergabe der Planungsleistungen freigegeben. Die vorliegende Kostenberechnung auf Basis der Entwurfsplanung ergibt Gesamtkosten in Höhe von 2.250.000 Euro brutto (2.190.000 Euro Baukosten, 60.000 Euro Ausstattung). Im Doppelhaushalt 2016/17 stehen gemäß der damaligen Kostenprognose ohne Planungsgrundlage 1.400.000 Euro brutto zur Verfügung. Das zusätzlich erforderliche Budget in Höhe von 850.000 Euro (790.000 Euro Baukosten, 60.000 Euro Ausstattung) wird in den nächsten Doppelhaushalt 2018/19 eingestellt. Im Vorgriff auf die Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2018/19 werden bereits die weiteren Schritte (Ausführungsplanung, Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen) zur Realisierung der Maßnahme veranlasst.*

Der Gemeinderat stimmte bei zwei Nein-Stimmen zu.

TOP 11 Feststellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Baden-Baden zum 01. Januar 2013

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 12 Änderung des Gesellschaftsvertrags der Baden-Baden Events GmbH

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 13 Anfragen aus dem Gemeinderat

Heinrich Liesen, FBB, fragte nach dem Stand zum Thema Einführung von Tempo 30 auf Straßen der Baden-Badener Innenstadt. Dazu habe es von ihm und anderen Stadträten in der Vergangenheit bereits mehrere Anträge gegeben. Es gehe um die Gesundheit und Sicherheit der Menschen.

OB Mergen antwortete, dass die Stadtverwaltung an einem Lärmaktionsplan arbeite und es dazu Gespräche mit dem Regierungspräsidium gegeben habe. Tempo 30 könne problematisch auf die Einhaltung der Busfahrpläne auswirken. Eine Überlegung sei, Tempo 40 einzuführen. Dies reiche laut Regierungspräsidium allerdings für den Lärmschutz nicht aus und die Stadt müsse hierfür einen technischen Nachweis erbringen. Dafür müsse ein Messgerät angeschafft werden. Eine mögliche Maßnahme sei auch, Tempo 30 zeitlich begrenzt auf die Nachtstunden einzuführen, wie dies auch CDU-Stadtrat Ansgar Gernsbeck in der Diskussion vorschlug.

Bürgermeister Geggus sagte, nach seiner Sicht sei es Zeit zu handeln, aber derzeit gebe es in der Verwaltung keinen Konsens.